

ECONOMIC RESEARCH & CORPORATE DEVELOPMENT

Working Paper

123

12.03.2009

▸ MAKROÖKONOMIE

▸ FINANZMÄRKTE

▸ WIRTSCHAFTSPOLITIK

▸ BRANCHEN

Dr. Michael Heise, Claudia Broyer

Europäischer Wachstums- und Beschäftigungsmonitor 2009: Indikatoren für eine erfolgreiche Wissensökonomie

Working Paper

Nr. 123

1. Krise, 2010 und wie geht es weiter?.....	3
2. Lissabon-Indikator in der Abwärtsbewegung, Finnland bleibt Spitzenreiter, Italien weiter Schlusslicht.....	3
3. Wie lange dauert die Rezession?	8
4. Positive Produktivitätsentwicklung jäh abgebrochen.....	10
5. Die Krise sollte nicht von weiteren Arbeitsmarktreformen abhalten	12
6. Tertiäre Bildung im anhaltenden Aufwärtstrend.....	14
7. Aktuell widriges Umfeld für Investitionen.....	16
8. Glaubwürdigkeit nachhaltiger Staatsfinanzen steht auf dem Spiel	18
9. Die Finanzkrise: Grund für eine Erneuerung der Lissabon-Strategie.....	20
10. Finanzmarktregulierung für stabiles Wachstum	22
11. Annex	24

AUTOREN:

DR. MICHAEL HEISE
Tel.: +49.89.38 00-1 61 43
michael.heise@allianz.com

CLAUDIA BROYER
Tel.: +49.69.2 63-1 97 90
claudia.broyer@allianz.com

1. KRISE, 2010 UND WIE GEHT ES WEITER?

2010, das Zieljahr der Lissabon-Strategie, steht vor der Tür. Die im Startjahr 2000 gesteckten Ziele werden nicht nur nicht erreicht werden, weil sie teils zu ehrgeizig waren, sondern vor allem weil Europa zurzeit in der wahrscheinlich schwersten Rezession seit 1929 steckt. Gegenwärtig hat das Krisenmanagement Vorrang und man könnte meinen, der langfristig angelegte Lissabon-Prozess spiele deshalb keine Rolle mehr. Doch in den geschnürten Konjunkturpaketen finden sich durchaus Elemente der Lissabon-Strategie.

Dass Europa besonders im laufenden Jahr aber auch noch 2010 wirtschaftlich schlecht dastehen wird, darf und wird kein Grund sein, die Lissabon-Agenda „zu beerdigen“. Denn sie ist die richtige Antwort, um die Herausforderungen der Globalisierung zu meistern. Der Lissabon-Prozess mit den nationalen Reformprogrammen und dem jährlichen Fortschrittsbericht der EU-Kommission ist mittlerweile zu einer festen Institution geworden. Die Frage, ob er weitergeht, stellt sich nicht, sondern es gilt lediglich, über mögliche Veränderungen bzw. Verbesserungen nachzudenken.

Nicht nur die Europäische Währungsunion oder der Stabilitäts- und Wachstumspakt sondern auch der Lissabon-Prozess ist ein wichtiger Baustein der Europäischen Integration. Ganz allgemein geht es darum, einen starken europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen, der als Ganzes in der Welt mehr Gewicht hat als die Summe seiner Einzelteile. Mit diesem größeren wirtschaftlichen Gewicht kann auch mehr Einfluss im politischen Bereich oder auf anderen Gebieten einhergehen, wenn sich die Europäer dafür entscheiden, eine einheitliche Linie zu vertreten (Beispiel: das im April anstehende G20-Treffen).

Allem Anschein nach wird die Idee der fortschreitenden Europäischen Integration gestärkt aus der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgehen. Die Währungsunion steckt zwar in einer beispiellosen Bewährungsprobe, es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die gegenwärtigen Renditedifferenzen Anlass für einen Bruch der Währungsunion sein werden. Im Gegenteil, durch die Turbulenzen gewinnt ein EWU-Beitritt offenbar an Attraktivität beispielsweise für Dänemark sowie für die osteuropäischen Beitrittskandidaten und andere. Letztere allerdings sind von der Krise schwer getroffen, so dass die für eine EWU-Mitgliedschaft nötige Erfüllung der Konvergenzkriterien in die Ferne rückt. Doch in allen EU-Ländern kann die Krise auch etwas Positives bringen: Sie bietet die Chance für einen gewissen Neuanfang, denn wenn man mit dem Rücken zur Wand steht, lassen sich nötige Wirtschaftsreformen leichter durchsetzen als in normalen Zeiten.

**2. LISSABON-INDIKATOR IN DER ABWÄRTSBEWEGUNG,
FINNLAND BLEIBT SPITZENREITER, ITALIEN WEITER
SCHLUSSLICHT**

Infolge der Lehman-Pleite spitzte sich die Finanzkrise ab September 2008 dramatisch zu. Tiefe Spuren in der Realwirtschaft zeigten sich im vierten Quartal letzten Jahres. Obwohl unser Wachstums- und Beschäftigungsmonitor diese jüngsten Entwicklungen aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit noch nicht abdecken kann, spiegeln seine Ergebnisse bereits einen Abwärtstrend wider, der sich fortsetzen wird. Unser Lissabon-Gesamtindikator für die Gruppe der EU15-

Länder (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien) fiel im dritten Quartal 2008 auf einen Wert von 0,84 (drittes Quartal 2007: 1,12). Damit liegt er mittlerweile unterhalb des Lissabon-Zielpfads.

WIE BERECHNET SICH DER LISSABON-INDIKATOR?

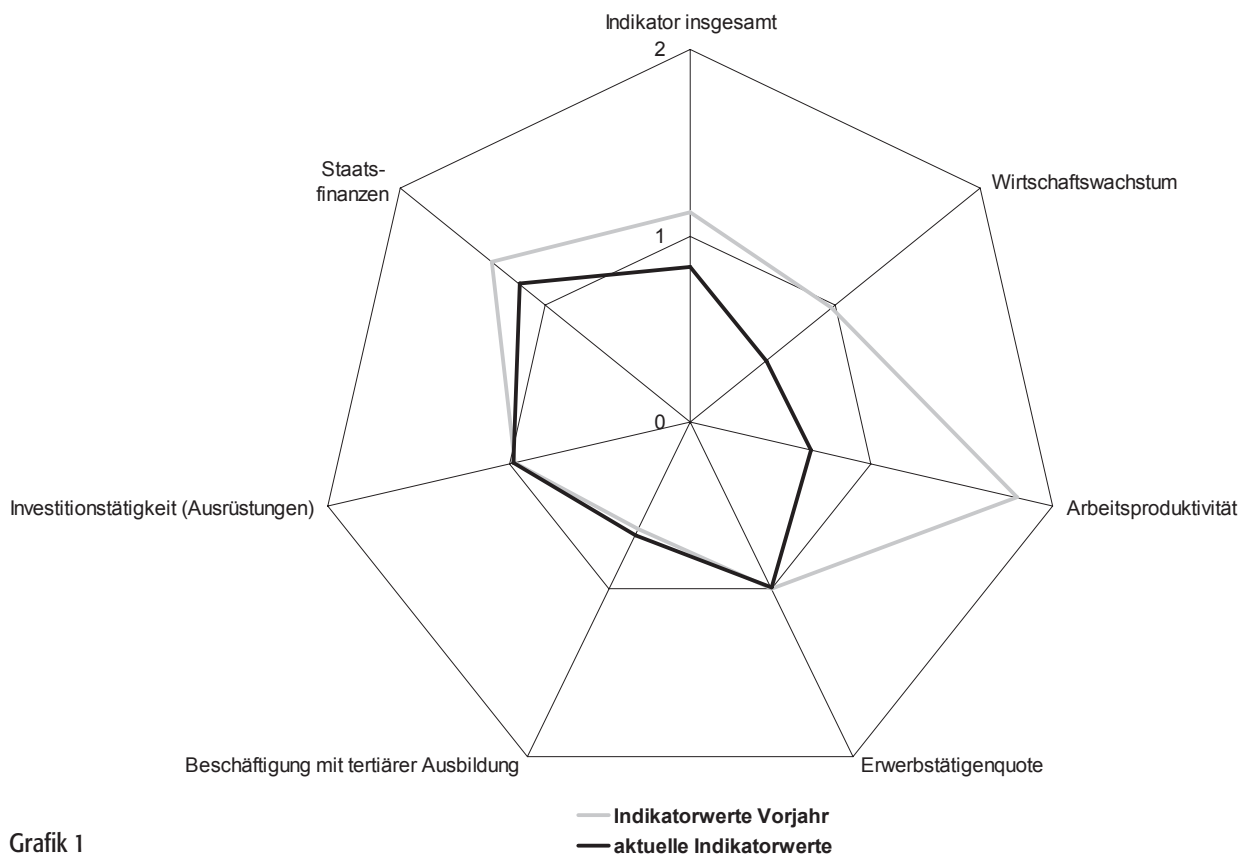
Unser Wachstums- und Beschäftigungsmonitor setzt sich aus sechs Teilindikatoren zusammen, die aus den im Jahre 2000 formulierten Zielen der Lissabon-Agenda abgeleitet sind. Bei der Auswahl dieser sechs Schlüsselgrößen haben wir auch darauf geachtet, dass die Daten möglichst aktuell verfügbar sind. Für jeden Teilindikator wird eine Benchmark gesetzt. Schließlich werden die sechs Einzelergebnisse gleichgewichtet zu einem Gesamtindikator zusammengefasst. Werte von eins bedeuten, dass das entsprechende Land auf dem Zielpfad ist, um die Lissabonner Vorgaben für 2010 zu erfüllen (Werte kleiner eins signalisieren Zielverfehlung, Werte größer eins Übererfüllung).

1. Der erste Indikatorbaustein ist das Wirtschaftswachstum. Hier wird als Benchmark ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 3 % verwendet. Denn dieser Wert wurde sowohl in der ursprünglichen Lissabon-Agenda angestrebt als auch bei der Neubelebung des Lissabon-Prozesses im Jahr 2005 wieder aufgegriffen. Unser Teilindikator setzt also das tatsächliche Wirtschaftswachstum – d.h. den Vorjahresabstand der Quartalsdaten – ins Verhältnis zum 3 %-Ziel. Dabei verwenden wir einen Vierquartalsdurchschnitt, um kurzfristige Schwankungen zu glätten.
2. Den zweiten Baustein bildet das Produktivitätswachstum. Diesbezüglich enthält die Lissabon-Strategie keine konkreten Ziele, sondern lediglich die allgemeine Devise „Europa bis 2010 zur weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaft zu machen“. Anknüpfend daran ziehen wir als Vergleichsmaßstab die USA heran – die größte hochindustrialisierte Volkswirtschaft der Welt. Die Veränderungsraten gegenüber Vorjahr der Arbeitsproduktivität pro Beschäftigten dies- und jenseits des Atlantiks werden zueinander ins Verhältnis gesetzt, wobei ein Achtquartalsdurchschnitt zur Glättung dient. Werte von eins zeigen gleich schnelle Produktivitätsfortschritte in Europa und den USA an, Werte über eins ein besseres Abschneiden Europas und Werte unter eins bedeuten, dass Europa hinter den USA zurückbleibt.
3. Um die Beschäftigungsentwicklung als dritten Teilindikator zu bewerten, haben wir das ursprüngliche Lissabon-Ziel einer Beschäftigungsquote (Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahre an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe) von 70 % im Jahr 2010 als Bezugspunkt genommen. Ausgehend von der tatsächlichen Beschäftigungsquote in den einzelnen Ländern zum Startzeitpunkt der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 haben wir einen Zielpfad auf Quartalsbasis konstruiert, der zum rechtzeitigen Erreichen der 70 %-Marke führt. Die aktuelle Beschäftigungsquote wird dann mit dem entsprechenden Zielwert auf dem Zeitpfad verglichen.
4. Als Messgröße für den Qualifikationsgrad der Beschäftigten verwenden wir den Anteil der Erwerbstätigen mit tertiärem Bildungsabschluss (akademische Abschlüsse, Master-Abschlüsse, Berufsakademie, höhere Forschungsqualifika-

tionen, Promotion) im Alter von 25 bis 64 Jahren an den Gesamtbeschäftigten der gleichen Altersklasse. Zur Berechnung einer skalierten Wertungskennziffer werden zunächst der Mittelwert aus den jeweils drei höchsten und der Mittelwert aus den drei niedrigsten Anteilsquoten der EU15-Mitgliedsstaaten plus Polen (die Anteilsquoten ihrerseits im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008) gebildet und als Randpunkte der Skala gesetzt. Relativ dazu wird schließlich die Position eines Landes ermittelt. Werte bei eins zeigen für das Land, dass es zu den „Bildungsspitzenreitern“ zählt, während Werte nahe Null die Schlusslichter ausweisen.

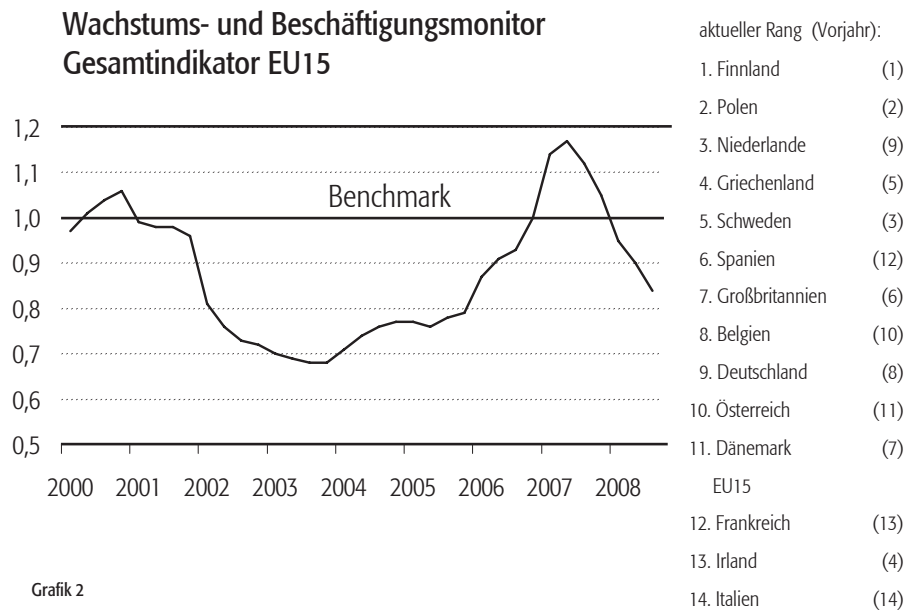
5. Wie schon die vierte Schlüsselgröße bezieht sich auch der fünfte Indikatorbaustein auf die in der Lissabon-Agenda zum Ziel erklärte Wissensbasierung. Unser Maß für die Umsetzung des technischen Fortschritts sind die Ausrüstungsinvestitionen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Benchmark ist die Investitionsquote des G3-Aggregats EU15, USA und Japan im Mehrjahresdurchschnitt, um die Schwankungen im Konjunkturzyklus auszuschalten.
6. Unser sechster und letzter Indikator-Bestandteil zielt darauf ab, die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen zu beurteilen. In die Berechnung gehen zwei Komponenten ein: Primärsaldo (Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben abzüglich der Zinszahlungen auf die ausstehenden Staatsschulden) und öffentlicher Schuldenstand jeweils in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Als Zielerfüllung haben wir einen ausgeglichenen Primärsaldo definiert, bei diesem liegt also ein Indikatorstand von 1 vor. Dahinter steht der Gedanke, dass der Primärsaldo Aufschluss über die eigentliche aktuelle Haushaltsführung gibt, ohne wie der Budgetsaldo durch aus der Vergangenheit resultierende Zinszahlungen „verfälscht“ zu sein. Die Schuldenlast berücksichtigen wir separat als zweite Komponente, wobei Zielerfüllung eine dem Maastricht-Kriterium entsprechende Schuldenstandsquote von 60 % bedeutet. Beide Komponenten gehen gleichgewichtet in unseren Teilindikator für die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen ein.

EU15



Grafik 1

Wie die obige Abbildung zeigt, verschlechterten sich im Vergleich zu vor einem Jahr vor allem die Komponenten des Gesamtindikators, die in Konjunkturabschwüngen relativ schnell reagieren: das Wirtschaftswachstum sowie die Arbeitsproduktivität. Die Beschäftigung wird in der Regel mit gewisser Zeitverzögerung getroffen. Auch bei den Staatsfinanzen werden die Belastungen erst 2009 und durch die Konjunkturprogramme 2010 richtig zum Tragen kommen. Die Investitionstätigkeit hat zwar schon nachgelassen, sie wird aller Voraussicht nach aber auch in dieser Rezession stärker zurückgehen als das Wirtschaftswachstum und somit die Investitionsquote bald sinken. Alles in allem dürfte der Lissabon-Gesamtindikator für die EU15 in den nächsten Quartalen weiter deutlich fallen und wahrscheinlich die Tiefstände aus dem Jahr 2003 klar unterschreiten (siehe nachfolgende Grafik). Dies darf aber kein Grund sein, „den Kopf entmutigt in den Sand zu stecken“. Denn Reformen im Sinne des Lissabon-Prozesses dienen nicht zuletzt ja gerade dazu, die Wirtschaft weniger anfällig gegenüber Schocks oder Krisen zu machen.



An unserer Länderrangfolge hat sich weder an der Spitze noch am Ende etwas verändert: Finnland behauptete sich auf dem ersten Platz, wenngleich der Zielerreichungsgrad zuletzt auf 134 % zurückging gegenüber 179 % ein Jahr zuvor. Am anderen Ende der Skala konnte sich Italien nicht von der Schlusslicht-Position lösen. Der italienische Gesamtindikatorwert fiel auf 0,39, nachdem er im dritten Quartal 2007 bei 0,66 gelegen hatte. Demnach wird Italien die Lissabon-Ziele im Jahr 2010 sehr wahrscheinlich weit verfehlen. In der Mitte der Rangliste gab es beträchtliche Bewegungen. Die größten Sprünge nach oben (um jeweils sechs Plätze) gelangen den Niederlanden, die nun an dritter Stelle stehen, und Spanien, das auf die sechste Position vorrückte. Spaniens Abschneiden mag überraschen, weil hier der wirtschaftliche Abschwung besonders ausgeprägt ist. Doch der Hauptgrund für die bessere Platzierung liegt in der Umkehr des Produktivitätstrends von negativen zu positiven Veränderungsraten (was allerdings zu Lasten der Beschäftigungsentwicklung ging).

Am stärksten abwärts in der Rangfolge ging es für Dänemark (von Platz 7 auf 11) und noch mehr für Irland, das vor einem Jahr noch Vierter war, jetzt aber Vorletzter ist. In Irland haben sich sowohl die BIP-, Produktivitätsentwicklung als auch die Staatsfinanzen massiv verschlechtert. Insgesamt konnte keines der untersuchten Länder seinen Gesamtindikatorwert verglichen mit dem dritten Quartal 2007 halten oder sogar steigern, sondern alle schneiden nun schwächer ab. Bei den besten Sechs des Rankings Finnland, Polen, den Niederlanden, Griechenland, Schweden und Spanien lag der Wert des Lissabon-Indikators im dritten Quartal 2008 zwar noch über eins. Doch selbst die beiden Spitzenreiter drohen in den nächsten Quartalen hinter den Zielpfad, der zur Erfüllung der Lissabonner Vorgaben 2010 führt, zurückzufallen. Die Länderergebnisse von Platz 3 bis 12 liegen mit Gesamtindikatorwerten zwischen 1,1 und 0,8 recht dicht beieinander. Lediglich Finnland und Polen auf dem Siegerpodest sowie Irland und Italien am Ende der Rangliste heben sich deutlich ab.

Wachstums- und Beschäftigungsmonitor					
Rang	Land	Indikator insgesamt 2008Q3	Rangwechsel seitdem	Rang im Vorjahr	Indikator im Vorjahr
1	Finnland	1,34	←	1	1,79
2	Polen	1,24	←	2	1,51
3	Niederlande	1,09	↑↑	9	1,24
4	Griechenland	1,04	↑	5	1,31
5	Schweden	1,02	↓	3	1,50
6	Spanien	1,01	↑↑	12	1,09
7	Großbritannien	0,93	↓	6	1,29
8	Belgien	0,90	↑	10	1,21
9	Deutschland	0,90	↓	8	1,26
10	Österreich	0,89	↑	11	1,18
11	Dänemark	0,87	↓↓	7	1,27
	EU15	0,84	←		1,12
12	Frankreich	0,80	↑	13	1,00
13	Irland	0,70	↓↓	4	1,48
14	Italien	0,39	←	14	0,66

Tabelle 1

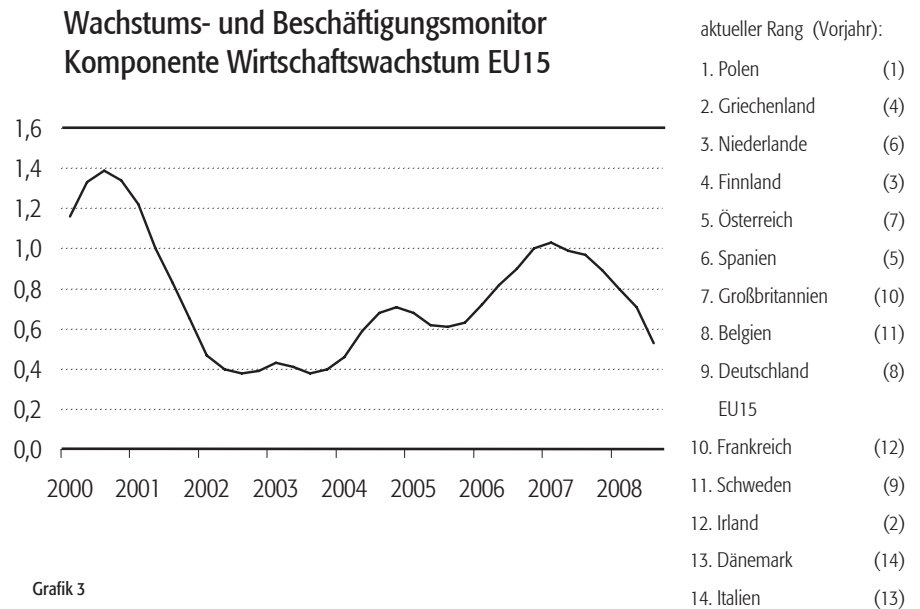
Aufgrund von Datenrevisionen deckt sich das aktuelle Ranking für das dritte Quartal 2007 nicht mit der Rangfolge aus unserem im März 2008 veröffentlichten Wachstums- und Beschäftigungsmonitor.

3. WIE LANGE DAUERT DIE REZSSION?

Seit September vergangenen Jahres befindet sich die Weltwirtschaft auf steiler Talfahrt. Laut der ersten Eurostat-Schnellschätzung ging das Bruttoinlandsprodukt im Euro-Raum und in der EU27 im Schlussquartal 2008 jeweils um saisonbereinigt 1,5 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Der Vorjahresabstand lag bei -1,2 % bzw. -1,1 %. Auch schon vor dem vierten Quartal zeigte unserer Lissabon-Teilindikator für das Wirtschaftswachstum (der auf einem Vierquartalsdurchschnitt als Annäherung des Trendwachstums basiert) bereits eindeutig nach unten. Er wird bald die Schärfe der Rezession widerspiegeln und klar in den negativen Bereich fallen. Bei unserem Ranking lassen sich im Grunde nur noch „Einäugige von Blinden unterscheiden“. Denn die Wirtschaftskrise ist global, alle untersuchten Länder sind durch sie schwer gebeutelt.

Mit Polen und Griechenland belegen die ersten beiden Plätze zwei wirtschaftlich aufholende Länder, die von einem niedrigen Wohlstandsniveau kommen und deshalb naturgemäß schneller wachsen als „reife Industrieländer“. Auf den nächsten Rängen folgt eine Gruppe kleinerer EWU-Volkswirtschaften: die Niederlande, Finnland sowie Österreich. Auch Spanien und Großbritannien schneiden auf Platz 6 bzw. 7 noch überdurchschnittlich ab, was sich aber vor allem aufgrund der längerwierigen Anpassungsprozesse nach dem dortigen Immobilienboom ändern wird. Die größten EWU-Länder Deutschland und Frankreich finden sich im unteren Mittelfeld. Irland ist vom 2. auf den 12. Rang abgestürzt, da es durch seine Außenhandelsabhängigkeit und die Bedeutung von Finanzdienstleistungen für die irische Wertschöpfung besonders vom weltwirtschaftlichen Abschwung sowie von der Finanzkrise getroffen wird; erschwerend hinzu kommt die laufende Korrektur im Bausektor. Am

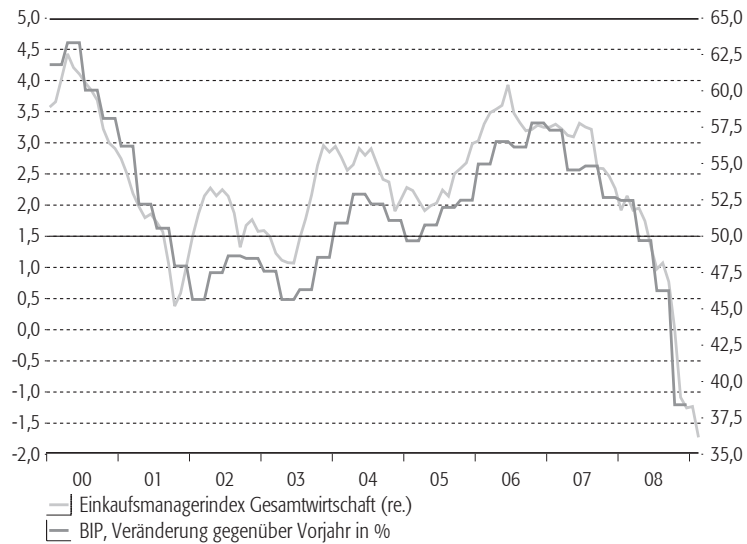
schlechtesten in diesem Teilranking stehen erneut Dänemark und Italien da, wo das Wirtschaftswachstum gemessen am Vierquartalsdurchschnitt der Vorjahresabstände bereits im dritten Quartal 2008 zum Erliegen gekommen bzw. ins Negative abgedriftet war.



Nach dem Einbruch im vierten Quartal letzten Jahres dürfte inzwischen der konjunkturelle Tiefpunkt erreicht sein, auch wenn die europäische Wirtschaft im ersten Quartal dieses Jahres voraussichtlich nochmals klar schrumpfen wird. Bei den Stimmungsindikatoren gab es vereinzelt erste Stabilisierungsanzeichen, die aber noch nicht überzeugend sind und sich in den nächsten Monaten erst noch erhärten müssen. Wie Abbildung 4 veranschaulicht, rutschte der EWU-Einkaufsmanagerindex für die Industrie und den Dienstleistungssektor zusammengenommen im Januar zwar nicht weiter nach unten ab, im Februar allerdings nahm er seine Abwärtsbewegung wieder auf. Gegen eine lang anhaltende Rezession oder eine L-förmige Rezession (ein scharfer Absturz ohne anschließende Erholung) sprechen vor allem drei Faktoren: erstens der beispiellose Ölpreisverfall, zweitens die weltweit sehr lockere Geldpolitik (sowohl Leitzinsen wichtiger Zentralbanken nahe Null als auch „quantitative easing“ – unkonventionelle Geldpolitik) und drittens die globale Finanzpolitik mit dem größten Konjunkturprogramm aller Zeiten im Umfang von 1500 bis 2000 Mrd. USD, das sind 3 bis 4 % des Welt-BIP. Diese Kombination bringt einen massiven positiven Stimulus. Für die EWU-Länder kommt noch die Euro-Abwertung nach dem Rekordniveau von 1,47 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2008 als konjunkturstimulierender Impuls hinzu. Alles in allem rechnen wir für den Euro-Raum sowie für die EU insgesamt im laufenden Jahr mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um rund 1 ½ %. Dabei dürfte es ab dem zweiten Quartal allmählich zu einer wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung kommen, die Dynamik dürfte allerdings im Verlauf von 2010 schon wieder nachlassen, wenn die genannten außergewöhnlichen Konjunkturimpulse wieder abklingen. Im Durchschnitt nächsten Jahres wird die europäische Wirtschaft unseres Erachtens um etwa 1,5 % expandieren. Die jetzige

Krise zusammen mit der Aussicht auf nur gedämpftes Wirtschaftswachstum sollten einmal mehr Anlass für Reformen sein, um nachhaltiges Wachstum zu sichern.

Euro-Raum: Einkaufsmanagerindex und Bruttoinlandsprodukt

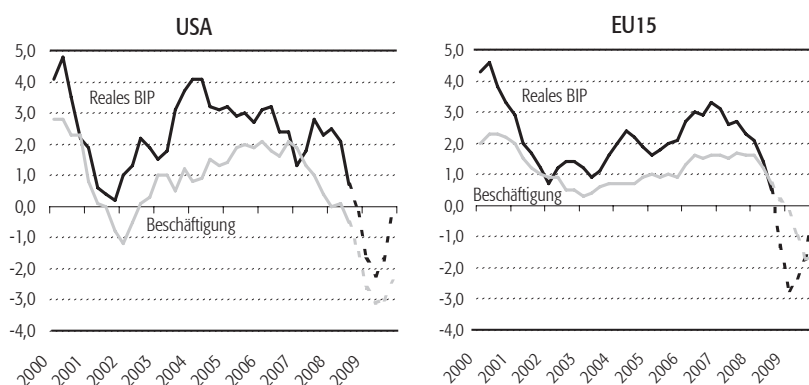


Grafik 4

4. POSITIVE PRODUKTIVITÄTSENTWICKLUNG JÄH ABGEBROCHEN

Nachdem Europa in den Jahren 2006/07 sowohl im Verhältnis zu den USA als auch bei den eigenen Zuwachsraten (durchschnittlich knapp $1\frac{1}{2}\%$ /J) eine recht gute Produktivitätsentwicklung aufwies, hat sich das Blatt in jüngerer Zeit gewendet. Im dritten Quartal 2008 verzeichneten die EU15-Länder bei der Arbeitsproduktivität pro Beschäftigten sogar ein leichtes Minus gegenüber Vorjahr. Dies ist angesichts der abrupten Konjunkturabkühlung nicht überraschend. Allgemein geht in Konjunkturabschwüngen zunächst der gesamtwirtschaftliche Output zurück, wohingegen die Beschäftigung erst mit Zeitverzögerung abgebaut wird. Deshalb nimmt die Produktivität (BIP pro Beschäftigten) üblicherweise im frühen Stadium des Abschwungs ab und steigt dann wieder, wenn der Jobabbau in Gang gekommen ist. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht, dass die Beschäftigungsanpassung in den USA früher anfing bzw. stärker ausgeprägt ist als in Europa, wo auch die wirtschaftliche Schwäche später einsetzte. So erklärt sich die in Abbildung 6 dargestellte deutliche Verschlechterung unseres Lissabon-Teilindicators für die Arbeitsproduktivität, der die USA als Benchmark heranzieht.

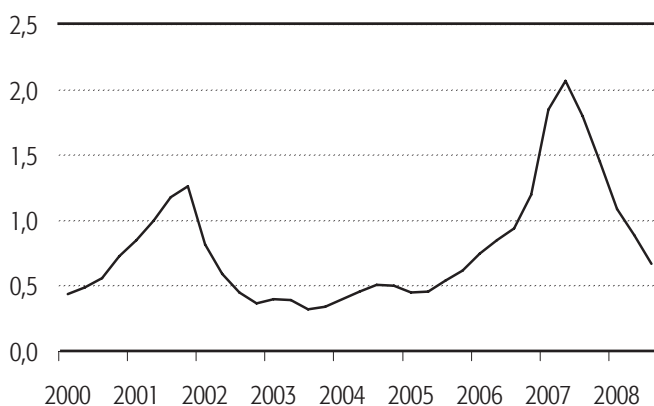
Determinanten des Arbeitsproduktivitätswachstums in % gegenüber Vorjahr



Grafik 5

Unter den betrachteten Ländern hatten zuletzt nur die vier erstplatzierten Griechenland, Polen, Finnland und Großbritannien einen höheren Produktivitätstrend als die USA (d.h. Teilindikatorwerte größer eins). Die genannten Länder bildeten bereits im Ranking vor einem Jahr die Spitzengruppe. Darunter sind mit Polen und auch Griechenland zwei aufholende Volkswirtschaften, die typischerweise ein erhöhtes Produktivitätswachstum haben. Auffällig stark verbessern – um jeweils fünf Plätze – konnten sich Spanien und die Niederlande. In Spanien lag dies vor allem an der Anpassung auf dem Arbeitsmarkt: Die Zahl der Beschäftigten war im dritten Quartal 2008 fast 1 % niedriger als ein Jahr zuvor. In den Niederlanden dagegen gingen die Beschäftigungszuwächse zwar zurück, ausschlaggebend für das bessere Ranking bei der Arbeitsproduktivität war aber eher das noch recht kräftige Outputwachstum. Der größte Absteiger ist Schweden, zurückzuführen auf eine Kombination aus schärferer BIP-Abschwächung und/oder geringeren Beschäftigungseinschnitten als in den anderen untersuchten Ländern.

Wachstums- und Beschäftigungsmonitor Komponente Arbeitsproduktivität EU15



aktueller Rang (Vorjahr):

- 1. Griechenland (1)
- 2. Polen (3)
- 3. Finnland (2)
- 4. Großbritannien (4)
- 5. Niederlande (10)
- 6. Österreich (8)
- 7. Deutschland (5)
- 8. Irland (7)
- 9. Spanien (14)
- EU15
- 10. Frankreich (11)
- 11. Belgien (9)
- 12. Schweden (6)
- 13. Italien (13)
- 14. Dänemark (12)

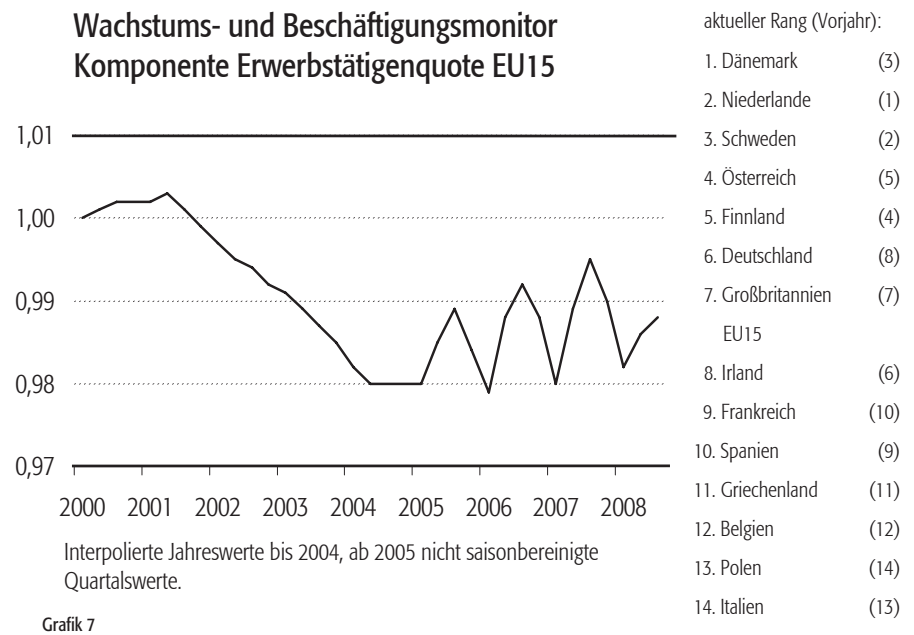
Grafik 6

Allerdings zeigt gerade das Beispiel Spanien, wie es im Grunde nicht sein sollte: Produktivitätssteigerung durch Jobverluste. Das eigentliche Ziel, die echte längerfristige Herausforderung besteht darin, sowohl hohe Produktivitäts- als auch Beschäftigungsanstiege zu erreichen. Das gelingt letztlich nur mit Hilfe hoch qualifizierter Arbeitnehmer. Ein Grund für das in der Vergangenheit mehrere Jahre lang negative Produktivitätswachstum in Spanien ist wohl die dortige Beschaffenheit des Arbeitsmarktes: Es gibt einen relativ großen Anteil leicht kündbarer Zeitarbeiter, die im allgemeinen weniger in den Genuss von Weiterbildung kommen als Festangestellte. Auch spielt die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit, auf die im nächsten Abschnitt kurz eingegangen wird, in puncto Produktivität eine Rolle. Denn es handelt sich um „brachliegendes Humankapital“, das nicht die Chance zu „learning by doing“ bekommt, d.h. nicht die Möglichkeit, produktivitätssteigernde berufliche Erfahrung zu sammeln. In diesem Zusammenhang gilt es natürlich außerdem, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die schulischen sowie universitären Qualifikationen der Arbeitnehmer zu erhöhen (s. unseren Teilindikator für den tertiären Bildungsgrad in Abschnitt 6.).

5. DIE KRISE SOLLTE NICHT VON WEITEREN ARBEITSMARKTREFORMEN ABHALTEN

Auf die Beschäftigungserfolge der letzten Jahre folgt nun krisenbedingt die Ernüchterung. Nachdem die saisonbereinigte EU15-Arbeitslosenquote bis März 2008 noch auf ihrem historischen Tiefstand von 6,8 % lag, ist sie bis Dezember letzten Jahres bereits auf 7,6 % angestiegen. Die Beschäftigung hat zuletzt zwar noch zugenommen, der Zuwachs ist aber kleiner geworden. An der EU15-Beschäftigungsquote zeigt sich die Eintrübung am Arbeitsmarkt bislang noch nicht: Sie kletterte im dritten Quartal 2008 auf 67,7 % und damit auf das höchste Niveau seit dem Startjahr der Lissabon-Strategie (2000: 62,6 %). Wie unser Teilindikatorwert von fast eins signalisiert, wären die EU15-Länder – hätte die günstige Konjunkturentwicklung angehalten – auf gutem Wege gewesen, das Lissabon-Ziel von 70 % 2010 nahezu einzuhalten. Doch dies wird jetzt nicht mehr möglich sein, da die Beschäftigungsquoten prozyklisch reagieren und sinken werden.

In unserem Teilranking hat sich die Besetzung des Siegerpodests nicht verändert, hier wurden lediglich untereinander die Plätze getauscht. Dänemark verzeichnet gegenwärtig die höchste Beschäftigungsquote von 78,6 % gefolgt von den Niederlanden und Schweden mit 77,5 bzw. 75,7 %. Die vier nächsten Länder in der Rangfolge Österreich, Finnland, Deutschland und Großbritannien haben alle Beschäftigungsquoten zwischen 71 und 73 %. Die restlichen untersuchten Volkswirtschaften bleiben hinter der 70 %-Marke zurück. Am schwächsten schneiden Italien sowie Polen ab mit Beschäftigungsquoten von nur 59 bzw. 60 %.

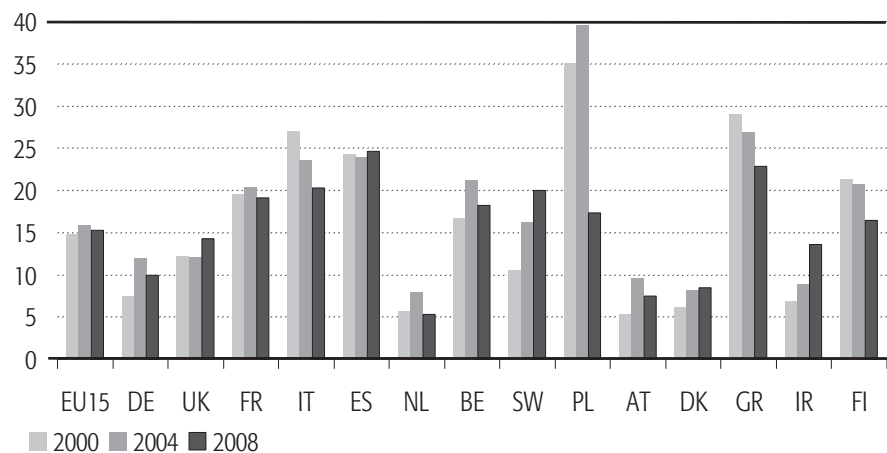


Infolge der wirtschaftlichen Rezession wird sich die Arbeitsmarktlage im Laufe von 2009 massiv verschlechtern. Das Augenmerk der Politik dürfte darauf liegen, die sozialen Folgen für die privaten Haushalte abzufedern. Doch trotz entsprechender Maßnahmen zur Nachfragestützung sollten gut konzipierte Arbeitsmarktreformen vorangetrieben werden. Denn deren Machbarkeit hängt in vielen Bereichen nicht vom Konjunkturzyklus ab, genannt sei u.a. mehr Flexibilität von Löhnen, Arbeitszeiten sowie Arbeitsverträgen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder erhöhte geografische und berufliche Mobilität. Besonderes Potenzial zur Erhöhung der Beschäftigungsquoten besteht unseres Erachtens bei jungen Leuten.

Die Beschäftigungsquote von 15- bis 24-Jährigen liegt in den EU15-Ländern zurzeit bei 42,2 %, also etwa 25 Prozentpunkte niedriger als die gesamte Beschäftigungsquote. Dass die Quote der jungen Altersklasse mit steigendem Bildungsniveau – das selbstverständlich gewünscht ist – abnimmt, versteht sich von selbst. Jedoch zeigt die hohe Jugendarbeitslosigkeit politischen Handlungsbedarf. In der EU15 lag die Jugendarbeitslosenquote 2008 bei 15,3 % und damit gut doppelt so hoch wie die gesamte Arbeitslosenquote. Wie die nachfolgende Abbildung zeigt, gibt es beim Niveau erhebliche Länderunterschiede. Die Spanne reichte 2008 von 5,3 % in den Niederlanden bis 24,6 % in Spanien. Deutlich über dem EU15-Durchschnitt liegt die Jugendarbeitslosigkeit außerdem in Griechenland, Italien, Schweden und Frankreich. Es ist aus mehreren Gründen dringend, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Jugendarbeitslosigkeitsquoten (unter 25-Jährige)

in %



UK, IT, GR 2007.

Grafik 8

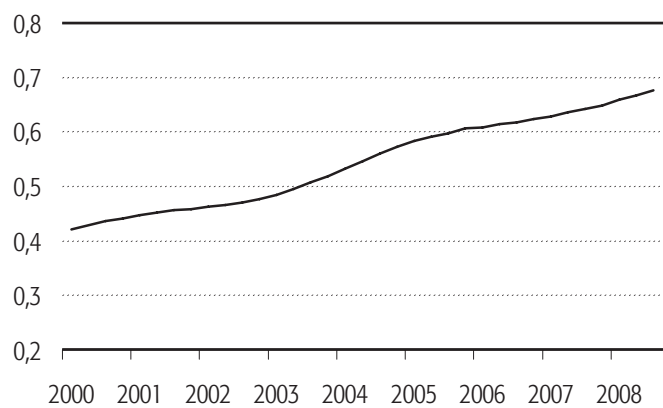
Erstens ist die Gefahr der Demoralisierung sowie der sozialen Ausgrenzung infolge von Arbeitslosigkeit speziell bei Jugendlichen sehr groß. Zweitens gilt es angesichts der alternden Gesellschaften und rückläufigen Arbeitsbevölkerung mehr denn je, die jungen Arbeitskräfte zu nutzen, insbesondere auch wegen ihrem modernen Wissen und innovativen Potenzial. Schließlich kommt hinzu, dass die Jugendarbeitslosigkeit sensibler auf den Konjunkturverlauf reagiert als die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe zwischen 25 und 54 Jahren; d.h. im Zuge der Krise wird die Jugendarbeitslosigkeit überproportional steigen. Was Handlungsansätze betrifft, zeigen z.B. Regressionsanalysen der EZB (Occasional Paper Series, No 89, June 2008: An analysis of youth unemployment in the euro area), dass stärkerer Beschäftigungsschutz und höhere Mindestlöhne mit einer höheren Jugendarbeitslosigkeitsquote einhergehen, aktive Arbeitsmarktpolitik hingegen mit einer niedrigeren Quote. Außerdem scheint bessere Bildung der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Überhaupt ist Bildung das A und O, um das Lissabon-Ziel eines zunehmend wissensbasierten europäischen Wirtschaftsraums zu verwirklichen, worauf sich unser nächster Teilindikator bezieht.

6. TERTIÄRE BILDUNG IM ANHALTENDEN AUFWÄRTSTREND

Der Arbeitsinput bestimmt ganz wesentlich den Output einer Volkswirtschaft und zwar sowohl die Menge der eingesetzten Arbeit als auch deren Qualität. Um beides zu erreichen, niedrige Arbeitslosigkeit und hohe Löhne, ist es wichtig, dass die Bevölkerung möglichst gut ausgebildet ist. Hoch qualifizierte Arbeitskräfte sind der Nährboden für Innovationen und technischen Fortschritt. Diesbezüglich kann die EU15 eine ermutigende Entwicklung vorweisen: Seit 2000 hat der Anteil der Beschäftigten mit tertiärem Bildungsabschluss an den Gesamtbeschäftigten von etwa 25 % kontinuierlich auf zum Schluss 30,2 % zugenommen. In allen von uns betrachteten Ländern verläuft die Tendenz steigend, wobei sich die Rangfolge als weitgehend stabil erweist: Gegenüber dem Ranking von vor einem Jahr haben lediglich Dänemark und Großbritannien die Plätze gewechselt. In Finnland, das erneut an erster Stelle steht, haben 40,3 % der Beschäftigten einen tertiären Bildungsabschluss. In Italien, am anderen Ende des Spektrums beträgt der Anteil hingegen nur 17,3 %.

Wachstums- und Beschäftigungsmonitor

Komponente Beschäftigung nach tertiärem Bildungsgrad EU15



aktueller Rang (Vorjahr):

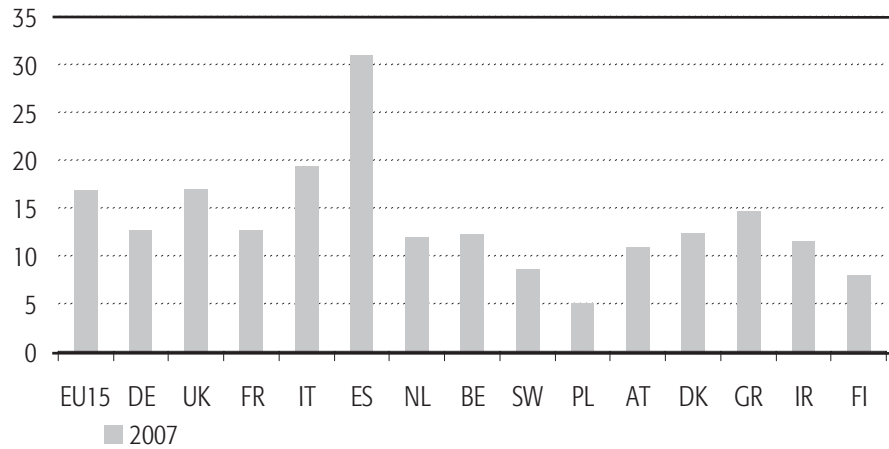
1. Finnland	(1)
2. Belgien	(2)
3. Irland	(3)
4. Dänemark	(5)
5. Großbritannien	(4)
6. Spanien	(6)
7. Niederlande	(7)
8. Schweden	(8)
9. Frankreich	(9)
EU15	
10. Deutschland	(10)
11. Griechenland	(11)
12. Polen	(12)
13. Österreich	(13)
14. Italien	(14)

Grafik 9

Einige der von den EU-Ländern zur Krisenbekämpfung geschnürten Konjunkturprogramme enthalten zusätzliche Bildungsinvestitionen. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, wenngleich mehr Ausgaben nicht automatisch bessere Bildungsergebnisse bringen. Beispielsweise bedarf es auch Anreiz- sowie Signalsystemen für Schulen und Universitäten, um jene Qualifikationen zu vermitteln, die in den Unternehmen gebraucht werden. Darüber hinaus kann es helfen, Elemente des Wettbewerbs oder externe Prüfungen einzuführen, um die Leistungen von Bildungseinrichtungen zu verbessern. In puncto Finanzierung speziell der tertiären Bildung sei auf den auffälligen Unterschied zwischen dies- und jenseits des Atlantiks hingewiesen, dass die in Relation zum Bruttoinlandsprodukt deutlich höheren Ausgaben in den USA nicht durch die öffentliche Hand sondern durch mehr finanzielle Mittel aus dem Privatsektor bedingt sind. Doch selbstverständlich darf der Fokus nicht einseitig auf der Förderung tertiärer Bildung liegen. Vielmehr geht es darum, das generelle Bildungsniveau anzuheben und wegen des sozialen Zündstoffs besonders auch auf der anderen Seite bei den frühen Schulabgängern anzusetzen (siehe dazu Grafik 10). Schließlich sollten nicht zuletzt angesichts der demografischen Entwicklung sowie des technischen Fortschritts, den Unternehmen hinreichend Anreize gegeben werden, lebenslanges Lernen und Weiterbildungsmaßnahmen ihrer Mitarbeiter zu fördern. Europa hat richtig erkannt, dass es im internationalen Wettbewerb nur durch hoch qualifiziertes Personal bestehen kann. Im Lissabon-Prozess ist die erfolgversprechende Strategie angelegt, durch gesteigertes Humankapital zu erhöhter Produktivität und stärkerem Wirtschaftswachstum zu gelangen.

Frühe Schulabgänger

Prozentsatz der 18-24-Jährigen ohne weiterführenden Bildungsabschluss, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen

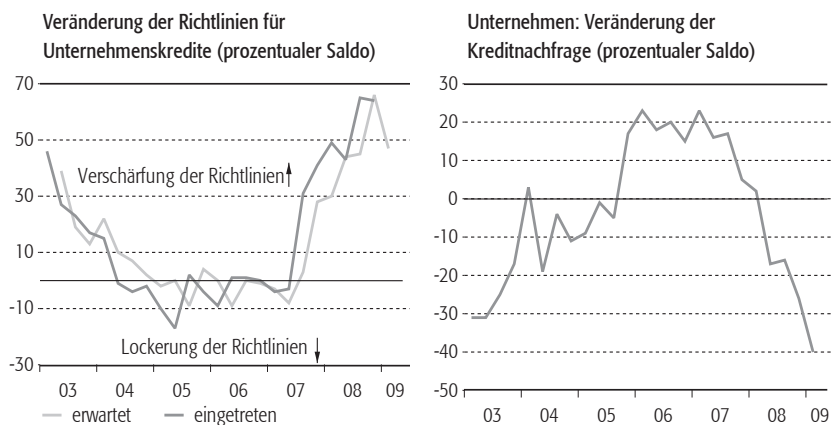


Grafik 10

7. AKTUELL WIDRIGES UMFELD FÜR INVESTITIONEN

Um möglichst produktiv zu sein, muss das Humankapital mit modernster Technik arbeiten können. Dazu sind entsprechende Ausrüstungsinvestitionen nötig. Unternehmen tätigen eher nicht nur Ersatz- sondern weitergehende Investitionen, wenn es ihnen gut geht, wenn sie die Kosten entweder aus eigenen Mitteln oder zu günstigen Kreditkonditionen finanzieren können. Dies ist in der momentan zunehmend düsteren Wirtschaftslage immer weniger der Fall, außerdem mangelt es den Unternehmen an Absatzperspektiven als Anreiz für Investitionen. Wenngleich die Ausrüstungsinvestitionsquote der EU15-Länder bis jetzt noch stabil war, ist ihr Rückgang im Grunde zyklisch vorprogrammiert. In diese Richtung deuten beispielsweise auch die jüngsten Ergebnisse der EZB-Umfrage zum Kreditgeschäft für den Euro-Raum (Bank Lending Survey, siehe Abbildung 11). Sie zeigten erneut eine deutliche Verschärfung der Kreditrichtlinien für Unternehmen, die mittlerweile

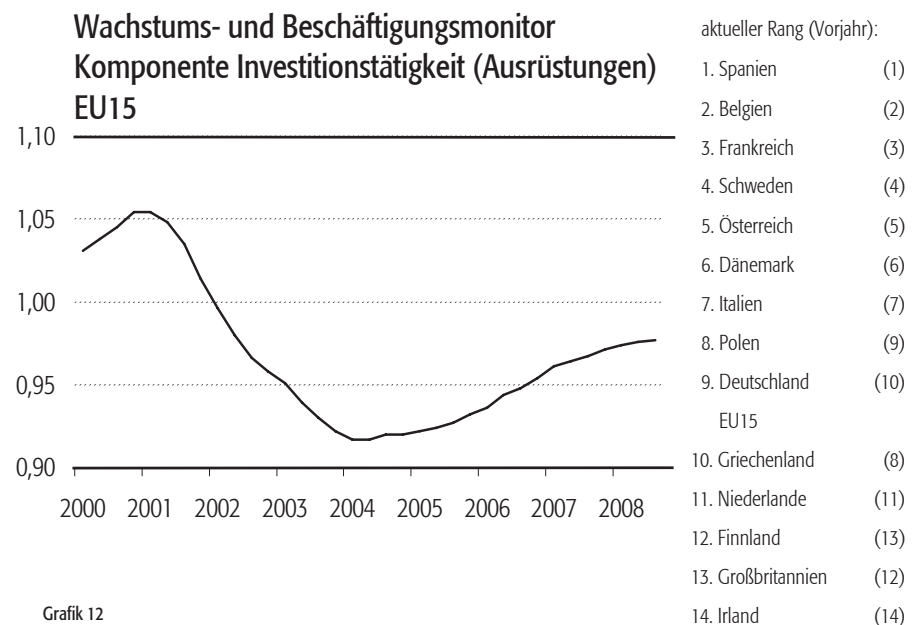
Euro-Raum: Bank Lending Survey



Grafik 11

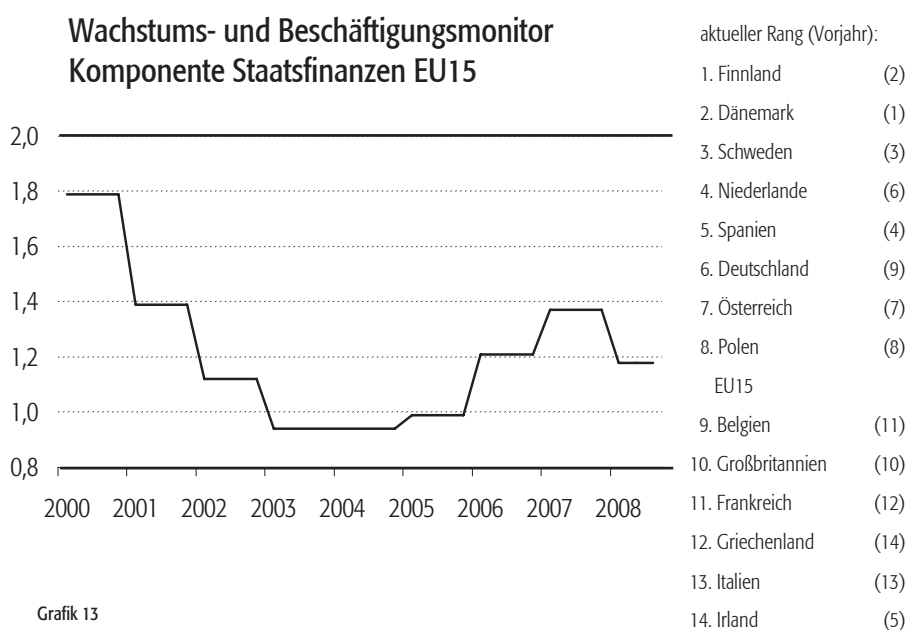
sechs Quartale in Folge andauert, und die befragten Finanzinstitute rechneten ebenfalls für das erste Quartal 2009 mit nochmals strikteren Bedingungen (allerdings in geringerem Ausmaß). Zugleich berichteten die Umfrageteilnehmer von einer deutlich rückläufigen Kreditnachfrageentwicklung seitens der Unternehmen, die offenbar zunehmend durch geringeren Finanzierungsbedarf von Investitionen mitbedingt war.

In unserer Länderrangfolge kam es zu keinen größeren Sprüngen. Spanien steht zwar weiter an erster Stelle, hier verzeichnet die Investitionsquote allerdings bereits eine Abwärtstendenz. Zuletzt betrug sie 12,8 %. Die Nächstplatzierten Belgien und Frankreich kommen auf Werte von gut 11 %. Der EU15-Durchschnitt liegt bei etwa 9 %. Finnland und Großbritannien auf den hinteren Plätzen haben jeweils eine Ausrüstungsinvestitionsquote von rund 7 %. In Irland belief sie sich jüngst sogar nur auf 4,6 %. Die in den europäischen Konjunkturpaketen vorgesehenen zusätzlichen öffentlichen Investitionen werden ein Absinken der Quoten nicht verhindern können, denn im Verhältnis zu den privaten Investitionen sind die des öffentlichen Sektors anteilmäßig zu gering. Außerdem handelt es sich bei den öffentlichen Investitionen großteils um Bauinvestitionen, die wir für unseren Indikator nicht betrachten. Nichtsdestotrotz: Wie schon im vorherigen Abschnitt hinsichtlich vermehrter Bildungsinvestitionen vermerkt, halten wir es für äußerst wichtig, dass die Konjunkturprogramme sich nicht auf eine kurzfristige Ankurbelung der Nachfrage konzentrieren. Vielmehr sind zusätzliche öffentliche Mittel, die in Infrastruktur und Energieeffizienz fließen, Investitionen in die Zukunft, da sie längerfristig das Wachstumspotenzial der europäischen Wirtschaft erhöhen und so zu nachhaltigem Wohlstand beitragen können.



8. GLAUBWÜRDIGKEIT NACHHALTIGER STAATSFINANZEN STEHT AUF DEM SPIEL

Die öffentlichen Finanzen sind krisengeschüttelt, einerseits durch die verabschiedeten staatlichen Maßnahmen zur Konjunkturstützung, andererseits weil durch die wirtschaftliche Misere die Staatseinnahmen (z.B. Steuern) sinken und die –ausgaben (z.B. Arbeitslosenunterstützung) steigen. Diese Effekte werden in den öffentlichen Defiziten dieses und nächstes Jahr erst richtig zum Tragen kommen, auch wenn sich in der EU15 die Lage der öffentlichen Finanzen gemessen an unserem Teilindikator für deren Nachhaltigkeit schon im vergangenen Jahr verschlechtert hat. Dies ist auf beide unserer Teilindikatorbestandteile zurückzuführen: Erstens fiel 2008 im Vergleich zum Vorjahr der Primärüberschuss geringer aus. Zweitens legte die EU15-Schuldenstandsquote, nachdem sie 2007 fast auf die 60 %-Marke zurückgegangen war, im vergangenen Jahr wieder merklich auf schätzungsweise 62 ½ % zu.



Das Siegerpodest besetzen in veränderter Reihenfolge weiterhin die drei Nordländer Finnland, Dänemark sowie Schweden. Am meisten aufwärts bewegte sich Deutschland von Rang 9 auf 6. Am steilsten abwärts fiel Irland vom 5. auf den letzten Platz. Zur Schlussgruppe gehören außerdem erneut Griechenland und Italien. Die EU-Kommission hat unlängst ein Defizitverfahren gegen Frankreich, Spanien, Griechenland und Irland eröffnet – gegen Großbritannien läuft schon eines, weil diese Länder bereits 2008 die Maastricht-Grenze von 3% (die sich im Unterschied zu unserem Teilindikator auf den Primärüberschuss plus Zinszahlungen im Verhältnis zum BIP bezieht) überschritten. Laut den jüngsten Schätzungen der EU-Kommission (siehe untenstehende Tabelle) wird im laufenden Jahr die Hälfte der von uns untersuchten Länder die 3%-Messlatte reißen, 2010 werden es außer Finnland, Dänemark, Schweden und den Niederlanden sogar alle sein.

**Defizit (-) oder Überschuss (+) des Staates
in % des BIP**

	Schätzungen 2008	Prognosen 2009	Szenario unveränderter Politik 2010
Euro-Raum	-1,7	-4,0	-4,4
EU27	-2,0	-4,4	-4,8
DE	-0,1	-2,9	-4,2
UK	-4,6	-8,8	-9,6
FR	-3,2	-5,4	-5,0
IT	-2,8	-3,8	-3,7
ES	-3,4	-6,2	-5,7
NL	1,1	-1,4	-2,7
BE	-0,9	-3,0	-4,3
SW	2,3	-1,3	-1,4
PL	-2,5	-3,6	-3,5
AT	-0,6	-3,0	-3,6
DK	3,1	-0,3	-1,5
GR	-3,4	-3,7	-4,2
IR	-6,3	-11,0	-13,0
FI	4,5	2,0	0,5

Quelle: Europäische Kommission, Interim Forecast, Januar 2009

Tabelle 2

An der Notwendigkeit, in der gegenwärtig außergewöhnlich schwierigen Weltwirtschaftslage Konjunkturprogramme aufzulegen, besteht kein Zweifel. Hinzu kommt die in Europa verglichen beispielsweise mit den USA relativ ausgeprägte Wirkung automatischer Stabilisatoren, d.h. die antizyklische Wirkung der wie oben erwähnt bei schwacher Konjunktur automatisch sinkenden Staatseinnahmen/steigenden öffentlichen Ausgaben. Doch so unbestritten es ist, dass angesichts der Krise vorübergehend mehr Staatsschulden in Kauf genommen werden müssen, umso notwendiger erscheint eine „Exit-Strategie“ für einen späteren glaubwürdigen Konsolidierungskurs. Sie ist sowohl unabdingbar, um jüngere sowie zukünftige Generationen nicht übermäßig zu belasten, als auch im Hinblick auf das Vertrauen an den Finanzmärkten bzw. die Kosten der staatlichen Schuldenfinanzierung.

Die aktuelle Diskussion um ein Auseinanderbrechen der Währungsunion infolge stark gestiegener Renditeaufschläge innerhalb des Euro-Raums, insbesondere für Staatsanleihen aus Irland und Griechenland, erscheint zwar überzogen. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem Staatsbankrott eines EWU-Landes oder zu einem Austritt aus der Währungsunion kommt, schätzen wir als sehr gering ein. Angesichts der Erfahrungen nach der Lehman-Pleite wird man sicher versuchen, jeden möglichen neuen Brandherd der Finanzkrise mit aller Macht zu bekämpfen. Und die Zahlungsunfähigkeit eines Euro-Landes oder ein EWU-Austritt wäre zurzeit wohl folgenschwerer als Lehman, so dass alle Verantwortlichen (nationale Staatsschefs, EU, EZB) unter Druck stünden, einen solchen Fall zu verhindern. Trotz No-Bailout-Klausel des EU-Vertrags würde man gewiss einen Weg finden, einem in Finanznot geratenen Mitgliedsland zu helfen. Denn dies würde mit Blick auf die Systemstabilität geschehen und wäre letztlich im Eigeninteresse der helfenden Länder. Nichtsdestotrotz ist anzunehmen, dass nach Beruhigung der Situation die Renditeabstände einiger EWU-Länder auch längerfristig nicht auf die niedrigen

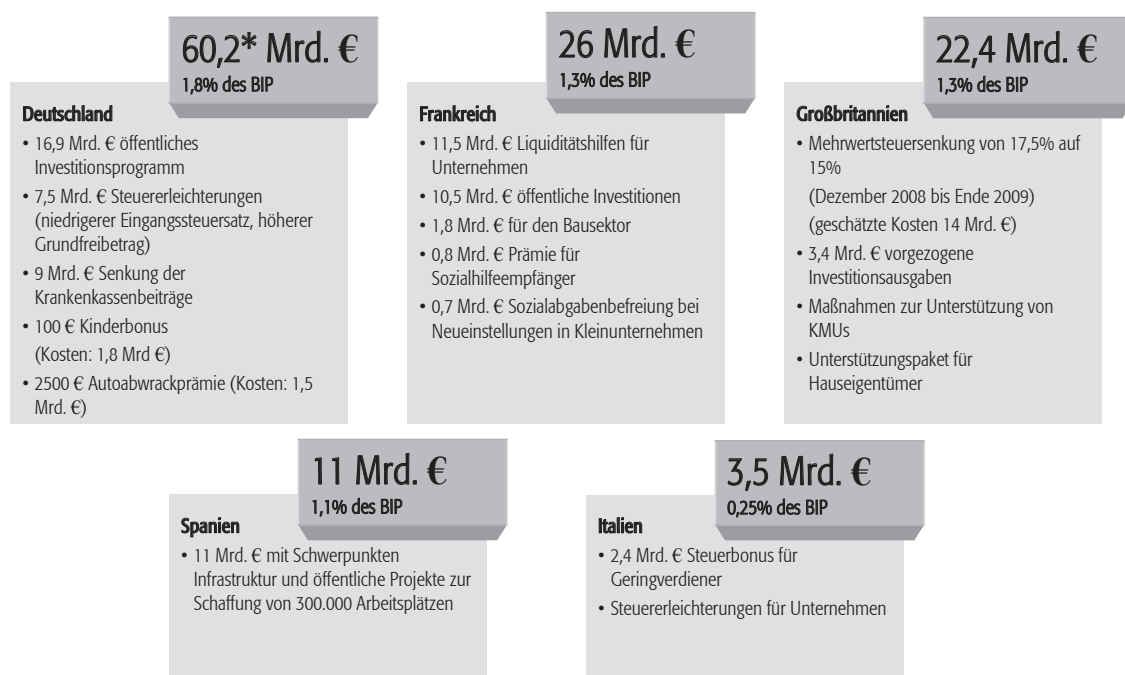
Niveaus von vor der Finanzkrise zurückfallen werden, da die unterschiedliche Solidität der öffentlichen Finanzen in Zukunft verstärkt eine Rolle spielen dürfte.

Die eingeleiteten sowie bevorstehende Defizitverfahren stellen insofern kein Problem dar, dass der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt genug Raum für öffentliche Maßnahmen zur Krisenbekämpfung lässt. Bei seiner Anwendung sollten wegen der außergewöhnlichen Umstände aber sicherlich ausreichende Korrekturfristen eingeräumt und Länderbesonderheiten bei den Vorgaben für die Haushaltssanierung berücksichtigt werden. Doch insgesamt bleibt zu wünschen, dass die Selbstverpflichtung, in der Erholungsphase nach der Krise die längerfristig gesteckten Haushaltsziele zu erreichen, glaubwürdiger ausfällt als in der vergangenen Aufschwungperiode.

9. DIE FINANZKRISE: GRUND FÜR EINE ERNEUERUNG DER LISSABON-STRATEGIE

Im Zuge der aktuellen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bestimmen kurzfristige Konjunkturlösungen und die Bankenrettung die wirtschaftspolitische Szene. Nicht wenige Kommentatoren erkennen in der Rückkehr von Keynes und dem Ruf nach mehr Regulierung eine Zeitenwende für die Marktwirtschaft. Tatsächlich gibt es derzeit zu einer konsequenten Nachfragepolitik nach keynesianischem Muster keine Alternative. Der plötzliche Einbruch der weltweiten Nachfrage und die erneute Zuspitzung der Finanzkrise haben das Vertrauen der Unternehmen in die wirtschaftliche Entwicklung schwer beschädigt und sie zu einer massiven Korrektur ihrer Produktions-, Investitions- und Beschäftigungspläne veranlasst. Ohne Maßnahmen der staatlichen Nachfragepolitik drohte eine weitere gefährliche Abwärtsspirale. Worauf es allerdings ankommt ist, dass bei den kurzfristigen Konjunkturprogrammen auch die mittelfristigen Wachstumswirkungen der jeweiligen Maßnahmen bedacht werden.

Hauptstimulierungsmaßnahmen in den 5 großen EU-Ländern



Grafik 14

* = Konjunkturpaket I & II

verschiedene Quellen

Denn mittelfristig stehen wir auch in Europa vor erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen. Die anstehenden Probleme sind offenkundig: Die notwendige Konsolidierung der Staatshaushalte wird das Wachstum ebenso bremsen wie die vielerorts notwendige Rückführung einer hohen privaten Verschuldung. Hinzu kommt die wachsende Offenheit für protektionistische Maßnahmen und staatliche Interventionen im Marktprozess. Die Dringlichkeit einer nachhaltigen Wachstumspolitik ist offenkundig. Denn ohne Wirtschaftswachstum besteht keine Chance für die Konsolidierung der Staatsfinanzen, ohne Wachstum werden die mit der Krise einhergehenden Beschäftigungsverluste nicht wieder aufzuholen sein.

Was Europa also braucht ist eine Erneuerung der Lissabon-Agenda, nicht im Sinne hehrer Zielsetzungen für das Jahr 2020, sondern als Gerüst für eine reform- und wachstumsorientierte Politik in den bevorstehenden schwierigen Jahren. Es wäre ein großer Fehler, die Lissabon-Strategie mit dem Jahr 2010 in der Schublade der Geschichte verschwinden zu lassen. Denn auch für Reformanstrengungen gilt, dass ein abgestimmtes Vorgehen aller Mitgliedsländer zu Multiplikatoreffekten führen kann, auch wenn die einzelnen Maßnahmen, entsprechend unterschiedlicher Ländergegebenheiten, nicht identisch sind. Gelingt es etwa, durch Reformen die Binnennachfrage in den einzelnen Mitgliedsstaaten zu steigern, fördert dies die Exporte der EU-Partnerländer und so wiederum das Wirtschaftswachstum. Bei der Erneuerung der Lissabon-Agenda sollte daher die Umsetzung auf Seiten der Länderebene stärker in den Fokus rücken. Diesbezüglich könnte die Einführung von mehr „name and shame“, mehr Druck oder Anreize, von „best practices“ zu lernen, Abhilfe schaffen. Im Rahmen der jährlichen Beurteilung der Reformfortschritte sollte stärker und in transparenter Form an die Öffentlichkeit getragen werden, in welchen Ländern viel oder wenig Handlungsbedarf besteht (zum Beispiel in Form von Rankings oder Notensystemen).

To-do Liste

Mögliche Ziele für	Verantwortlichkeiten/Maßnahmen
FuE und Innovationen	Nationale Verantwortung für Reformprogramme EU bewertet „best practices“ EU fördert: • Koordinierung • Transparenz EU setzt Prioritäten auf Marktintegration und Beschäftigungsaufbau
Bildung	
Investitionsbedingungen (administrative Verfahren, Infrastruktur)	
Funktionierende, gut regulierte und flexible Märkte (Finanz-, Dienstleistungsmärkte, netzwerkabhängige Märkte)	
Beschäftigung	
Schritte zur vertieften Europäischen Integration	
Langfristige Haushaltskonsolidierung	

Tabelle 3

Die Festlegung neuer „großer Ziele“ wie im Jahr 2000 ist dagegen nicht erforderlich. Vielmehr sollte entsprechend dem Charakter der Lissabon-Strategie bei den Determinanten des Wachstums angesetzt werden, d.h. der bereits eingeschlagene Weg, „im Kleinen“ konkrete Vorgaben zu definieren, intensiv weiterverfolgt werden. Diese beziehen sich dann beispielsweise auf spezifische Beschäftigungsquoten, FuE-Ausgaben, Bildungspartizipation, Bürokratieabbau oder Marktöffnung. Denn an den grundlegenden Stichworten für eine nachhaltige Wachstumspolitik hat auch die Krise nichts geändert: flexible Märkte, Wettbewerb, Innovationen, Bildung und Vertiefung der Europäischen Union – das sind die Fundamente für die Rückkehr zum Wachstum. Dass Reformen in diesen Bereichen Früchte tragen, haben die vergangenen Jahre gezeigt; beim Wachstum und bei der Beschäftigung ist Europa zeitweise sogar recht nah an die Lissabon-Ziele herangekommen.

Alles in allem besteht kein Anlass zu Schwarzmalerei. Als die Halbzeitbilanz des Lissabon-Prozesses gezogen wurde, herrschte ebenfalls eine gewisse Entmutigung, die in den folgenden Jahren jedoch fühlbaren Erfolgen wich. Trotz der aktuell schlechten Wirtschaftszahlen sollten erzielte Fortschritte nicht vergessen werden, die sich nicht unmittelbar an den Daten ablesen lassen wie reduzierter Verwaltungsaufwand oder erleichterte Geschäftsgründungen. Die gegenwärtig widrigen Umstände dürfen kein Grund sein, längerfristige Ziele aus dem Auge zu verlieren. Europa verfügt über viele wichtige strukturelle Stärken: Größe des Wirtschaftsraums, Diversifikation und zugleich Interdependenz der EU-Volkswirtschaften, gefestigte Staats- und Sozialsysteme, entwickelte Infrastruktur und Know-how. Wir müssen über die Gegenwart hinaus denken, indem wir aus der Krise eine Gelegenheit machen. Die Lissabon-Strategie ist weiterhin ein guter Wegweiser, wie es gelingen kann, Produktivität und Wirtschaftswachstum dauerhaft zu steigern, um unser europäisches Sozialmodell, unseren Wohlstand in einer globalisierten Welt aufrecht erhalten zu können.

10. FINANZMARKTREGULIERUNG FÜR STABILES WACHSTUM

Die Erfahrungen der letzten Monate haben die Bedeutung der Finanzmärkte für die wirtschaftliche Entwicklung drastisch vor Augen geführt. Die Neugestaltung des Ordnungsrahmens der Finanzmärkte ist offenkundig eine wichtige wachstumspolitische Frage für die Zukunft. Die größte Herausforderung für die Regierungen in Europa – und nicht nur hier – besteht darin, die richtige Balance zwischen Staat und Markt zu finden, also einerseits Stabilität zu gewährleisten, andererseits aber die Wachstumskräfte des Markts langfristig zu stärken.

Bisher scheint die Politik diese Gratwanderung hinzubekommen, wenn man das etwa an dem 47 Punkte Programm des G 20 Finanzgipfels beurteilt. Gegen eine umfassendere Regulierung, die auch bisher kaum regulierte Sektoren wie „Schattenbanken“, Hedgefonds oder Ratingagenturen einschließt, ist ebenso wenig zu sagen wie gegen die Einschränkung der Regulierungsarbitrage durch harmonisierte internationale Standards. Gerade bei letzterem Punkt bietet sich für Europa die Chance, vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit der Integration der europäischen Finanzmärkte eine prägende Rolle in der Gestaltung der neuen globalen Ordnung übernehmen. Das europäische Modell einer stärker internationalen Aufsicht, das Konzept der „colleges of supervisor“, könnte durch die Krise zu einem weltweiten Exportartikel werden. Die Vorschläge der Larosière-Gruppe, eines hochrangigen, von der EU-Kommission einberufenen Beratergremiums zur Finanzmarktaufsicht, weisen den Weg. In ihrem Bericht

schlägt die Gruppe die Bildung eines neuen Gremiums vor, des „European System Risk Council (ESRC)“ unter Leitung des EZB-Präsidenten; zudem plädiert sie für eine Stärkung der europäischen Aufsichtskompetenzen in einem dezentralen Netzwerk der nationalen Aufsichtsbehörden („European System of Financial Supervisors ESFS“).

Neben der Reichweite ist die Qualität der Regeln von entscheidender Bedeutung. Hier gibt es Verbesserungsbedarf. Ein zentraler Punkt ist die zyklusverstärkende Rolle der geltenden Bilanzierungsvorschriften und Kapitalrichtlinien für Banken. Die angewandten Regeln haben dazu geführt, dass im Boom übermäßig viel Kapital vorhanden war, während die Kapitaldecke gerade in der Krise immer dünner wird. Die Gründe liegen zum einen darin, dass die Institute ihre Forderungen und ihre Wertpapiere bei einbrechenden Märkten massiv abschreiben müssen; zum anderen müssen sie ihre Forderungen mit mehr Kapital hinterlegen, da die Ratings von Unternehmen und Wertpapieren in der Rezession nach unten korrigiert werden. Ihre Risikoaktiva steigen an, obwohl sie das Kreditgeschäft im Volumen zurückfahren. Als Reaktion wird die Kreditvergabe noch restriktiver, was die Abwärtsspirale verstärkt. Diese prozyklischen Effekte müssen in der anstehenden Überarbeitung des Regelwerks gedämpft werden, indem beispielsweise nach spanischem Vorbild antizyklische Elemente eingebaut werden: In Boomphasen steigt die Kapitalunterlegung, damit für Rezessionszeiten ein Risikopuffer entsteht. Zudem sollte bei der Bilanzierung in Zeiten illiquider Märkte stärker auf die tatsächlichen und erwarteten Zahlungsströme einer Forderung als auf die „Marktpreise“ abgestellt werden, die lediglich vereinzelte Notverkäufe widerspiegeln.

So notwendig die Neugestaltung des Regulierungsrahmens ist, darf dabei aber nicht die grundlegende – und nach wie vor gültige – Erkenntnis verloren gehen, dass offene, liberale Märkte die besten Garanten für eine effiziente Ressourcenallokation und damit höheres Wachstum sind. Die Prinzipien der offenen Marktwirtschaft, des freien Kapitalverkehrs, der Niederlassungsfreiheit und der Gleichbehandlung von Finanzinstitutionen im nationalen und ausländischen Besitz müssen weiterhin Geltung behalten. Ein Rückfall in die Zeiten national fragmentierter Märkte sollte in jedem Fall vermieden werden. Politisch motivierte Alleingänge schaden und erschweren die Rückkehr des Vertrauens der Marktteilnehmer. Alle regulatorischen Maßnahmen sollten international abgestimmt und möglichst einheitlich sein, um einen weltweit harmonisierten Regulierungsrahmen zu erreichen. Kein anderer kann diese Zielsetzung mit mehr Glaubwürdigkeit vertreten als die Europäische Union, deren Erfolge wesentlich auf der Schaffung eines Binnenmarkts für Güter und Finanzen beruhen. Die EU ist aufgefordert, in der Krise globale Verantwortung zu übernehmen – nicht zuletzt dadurch, dass sie ihre eigene Marktintegration mit Vehemenz weiter vorantreibt. Bedingt durch die wirtschaftlich äußerst schwierige Situation steigt die Gefahr von Zentrifugalkräften innerhalb der Union, steigt das Risiko des Ausscherens einzelner Länder. Die zu meisternde Herausforderung besteht deshalb darin, in der Krise Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit zu beweisen.

11. ANNEX

Wachstums- und Beschäftigungsmonitor
aktuelle Indikatorwerte (2008Q3)

aktueller Rang insgesamt	Land	Indikator insgesamt	Wirtschaftswachstum	Arbeitsproduktivität	Erwerbstätigenquote	Beschäftigung mit tertiärer Ausbildung	Investitionstätigkeit (Ausrüstungen)	Staatsfinanzen
1	Finnland	1,34	0,84	1,40	1,05	1,20	0,75	2,80
2	Polen	1,24	2,01	1,80	0,90	0,41	1,00	1,33
3	Niederlande	1,09	1,03	0,92	1,10	0,91	0,91	1,70
4	Griechenland	1,04	1,12	2,07	0,93	0,53	0,97	0,60
5	Schweden	1,02	0,41	0,19	1,08	0,88	1,19	2,36
6	Spanien	1,01	0,71	0,70	0,96	0,91	1,39	1,41
7	Großbritannien	0,93	0,64	1,37	1,02	0,96	0,74	0,84
8	Belgien	0,90	0,62	0,52	0,91	1,12	1,22	1,04
9	Deutschland	0,90	0,59	0,76	1,03	0,62	0,98	1,40
10	Österreich	0,89	0,73	0,87	1,05	0,22	1,10	1,39
11	Dänemark	0,87	0,03	-0,47	1,11	1,04	1,10	2,43
	EU15	0,84	0,53	0,67	0,99	0,68	0,98	1,18
12	Frankreich	0,80	0,50	0,59	0,96	0,75	1,21	0,82
13	Irland	0,70	0,31	0,73	0,98	1,04	0,56	0,55
14	Italien	0,39	-0,05	-0,18	0,89	0,08	1,04	0,58

Wachstums- und Beschäftigungsmonitor
Indikatorwerte im Vorjahr (2007Q3)

Rang insgesamt	Land	Indikator insgesamt	Wirtschaftswachstum	Arbeitsproduktivität	Erwerbstätigenquote	Beschäftigung mit tertiärer Ausbildung	Investitionstätigkeit (Ausrüstungen)	Staatsfinanzen
1	Finnland	1,79	1,53	3,43	1,05	1,19	0,76	2,79
2	Polen	1,51	2,24	3,16	0,89	0,39	0,96	1,40
3	Schweden	1,50	1,06	2,44	1,08	0,84	1,16	2,42
4	Irland	1,48	1,88	2,42	1,03	0,97	0,64	1,93
5	Griechenland	1,31	1,44	3,52	0,94	0,51	1,04	0,42
6	Großbritannien	1,29	1,03	2,79	1,03	0,93	0,76	1,20
7	Dänemark	1,27	0,64	1,14	1,08	0,89	1,07	2,82
8	Deutschland	1,26	1,07	2,54	1,02	0,58	0,95	1,39
9	Niederlande	1,24	1,10	1,69	1,09	0,88	0,89	1,78
10	Belgien	1,21	0,92	1,93	0,92	1,12	1,21	1,19
11	Österreich	1,18	1,07	2,21	1,05	0,21	1,09	1,45
	EU15	1,12	0,97	1,80	0,99	0,64	0,97	1,37
12	Spanien	1,09	1,27	-0,19	1,01	0,88	1,38	2,20
13	Frankreich	1,00	0,71	1,46	0,97	0,72	1,19	0,94
14	Italien	0,66	0,65	0,54	0,91	0,03	1,06	0,76